

Die Alternative: De-Globalisierung

Die Krise des gegenwärtigen Systems der Global Governance hat systemische Ursachen. Sie kann nicht durch bloße Anpassungen im Rahmen des Systems bewältigt werden – solche Anpassungen würden sich lediglich marginal auswirken oder eine noch gewaltigere Krise nur hinauszögern. In Anlehnung an die Einsichten von Thomas Kuhn in seiner klassischen Schrift »Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen« gibt es zwei mögliche Antworten auf eine Paradigmenkrise. Den einen Weg schlugen die Anhänger des alten ptolemäischen Weltbildes ein: Sie passten ihr Erklärungsmodell immer aufwendiger an, bis es einfach zu komplex und schließlich vollkommen nutzlos für den wissenschaftlichen Fortschritt wurde. Das ist der Weg, den die meisten der oben skizzierten Reformvorschläge gehen wollen.

Den anderen Weg schlugen die Anhänger des neuen kopernikanischen Systems ein: Sie vollzogen einen radikalen Bruch mit dem alten Weltbild und arbeiteten innerhalb der Parameter des konkurrierenden Paradigmas. Das brachte den Vorteil, nicht nur eine sperrige Datenlage in weitaus einfachere Begriffe zu fassen, sondern darüber hinaus unseren Blick auf neue, aufregende Probleme zu lenken.¹ Diese Richtung soll auch die hier vorliegende Alternative einschlagen.

Auf dem Gebiet der globalen Wirtschaftslenkung gestaltet sich der Bruch mit der Vergangenheit allerdings weitaus schwieriger als in der Wissenschaft. Bei sozialen Veränderungen können neue Systeme nicht wirklich entworfen werden, ohne den festen Griff der alten zu lockern, die aber eine fundamentale Herausforderung ihrer Hegemonie nicht ohne weiteres dulden. Eine Legitimationskrise ist ein wichtiger erster Schritt zur Schwächung gegenwärtiger Strukturen, sie reicht aber nicht aus. Die Vision einer neuen Welt mag bezaubern, ohne harte Strategie zu ihrer Verwirklichung wird sie aber Vision bleiben. Bestandteil dieser Strategie ist das wohl überlegte Auseinandernehmen des Althergebrachten. Daher

¹ Vgl. Thomas S. Kuhn, *The Structure of Scientific Revolutions*. Chicago: University of Chicago Press, 1971. Deutsch: *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1976.

ist eine Strategie der Dekonstruktion die notwendige Begleiterscheinung einer Strategie der Rekonstruktion.

Dekonstruktion

Die großen Demonstrationen der letzten Jahre gegen die neoliberale Globalisierung hatten mit ihrer Forderung nach der Demontage der WTO und der Bretton-Woods-Institutionen vollkommen Recht. Die Weiterentwicklung dieser Forderung und die Sammlung von immer mehr Menschen hinter ihr haben entscheidend zur Legitimationskrise dieser Institutionen beigetragen.

Aus taktischen Gründen ist es jedoch wichtig, Koalitionen für Ziele zu schmieden, die auf breitere Akzeptanz stoßen und dennoch eine enorme Wirkung entfalten können im Sinne einer drastischen Reduzierung der Macht oder zumindest wirksamen Neutralisierung dieser Institutionen. Im Fall des IWF kann beispielsweise die Forderung, ihn in eine Forschungseinrichtung umzuwandeln, die keine Entscheidungskompetenz besitzt, sondern lediglich globale Kapitaltransfers und Wechselkurse überwacht – mit anderen Worten, aus ihm eine Beratungs- und Forschungsanstalt nach dem Muster der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zu machen –, eine große Anhänger-schaft gewinnen.

Im Fall der Weltbank kann die Forderung nach Beendigung ihrer Kreditgeberfunktionen und Übertragung derselben auf geeignete regionale Institutionen mit partizipatorischen Strukturen (womit die Asiatische Entwicklungsbank und andere regionale Entwicklungsbanken überflüssig würden) einen wirksamen Schritt zu ihrer effektiven Entmachtung darstellen und ganz unterschiedliche politische Kräfte vereinen. Solche Initiativen könnten mit Kampagnen für den Boykott von Weltbankanteilen, für die Verweigerung von neuen Zuwendungen an die Internationale Entwicklungsagentur (Ida) und gegen die Forderung nach Quotenaufstockungen für den IWF koordiniert werden. Im Unterschied zu Soros' Herangehensweise wäre die Stoßrichtung einer solchen multidimensionalen Anstrengung nicht die Reformierung, sondern die drastische Machtminderung und Kompetenzeinschränkung der Institutionen von Bretton Woods.

Wegen ihrer zentralen Stellung und ihrer Einzigartigkeit als globale Institution muss allerdings die WTO zur Hauptzielscheibe dieses De-

konstruktionsunterfangens gemacht werden. Die Strategie der Dekonstruktion muss auf die gegenwärtigen Anforderungen im Kampf gegen die konzerngetriebene Globalisierung reagieren. Dafür ist es erforderlich, das strategische Ziel klar zu benennen, den globalen Kontext bzw. die Umstände exakt zu bestimmen und eine effektive Strategie und ein taktisches Repertoire zu entwickeln, um auf die Besonderheiten der Situation reagieren zu können.

Für die Bewegung gegen die konzerngetriebene Globalisierung ist es ziemlich klar, dass das strategische Ziel das Aufhalten oder die Umkehrung der von der WTO verordneten Liberalisierung des Handels und der handelsnahen Bereiche sein muss. Der Kontext oder die »Situation« ist gekennzeichnet von einem wackeligen Sieg der Freihandelsglobalisierer auf der vierten Ministerrunde in Doha im November 2001, auf der sie den Entwicklungsländern das Einverständnis zu einer kleinen Verhandlungsrunde über weitere Liberalisierungsmaßnahmen in Landwirtschaft, Dienstleistungen und Industriezöllen abnötigten. Die Situation ist gekennzeichnet von vermehrten Anstrengungen seitens der Globalisierer, weitere Ministerrunden als Sprungbrett für Verhandlungen über die handelsnahen Bereiche Investitionen, Wettbewerbsrecht, öffentliche Beschaffung und Handelsförderung zu nutzen. Ihr Ziel ist es, während weiterer Ministerrunden das in Doha herausgepresste Zugeständnis zu begrenzten Verhandlungen in eine allumfassende Verhandlungsrunde auszuweiten, die sich mit der Uruguay-Runde messen lässt.

Diese Ausweitung des Freihandelsmandats, der Macht und der Befugnisse der WTO als mittlerweile mächtigstes multilaterales Instrument der globalen Konzerne stellt für Entwicklung, soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und Umwelt eine tödliche Bedrohung dar. Es ist ein Ergebnis, das wir um jeden Preis vereiteln müssen, denn wir können zu nachhaltiger Entwicklung, sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit und der Umwelt Lebewohl sagen, wenn sich die großen Handelsmächte mitsamt ihren Konzerneliten durchsetzen und weitere globale Liberalisierungsrunden starten.

Ausgehend vom strategischen Ziel des Aufhaltens und Zurückdrängens der Handelsliberalisierung ist das Kampagnenprojekt, auf das die Bewegung gegen konzerngetriebene Globalisierung ihre Anstrengungen und Energien konzentrieren muss, klar und deutlich: das Vorhaben der weiteren Handelsliberalisierung, das sich die Ministerrunden als zentrales Instrument des Freihandels auf die Fahnen geschrieben haben, aus den Gleisen zu werfen.

Der Freihandelsverfechter C. Fred Bergsten, Leiter des Forschungsinstituts für Welthandelsbeziehungen (Institute for International Economics, IIE), hat den freien Handel und die WTO mit einem Fahrrad verglichen: Wenn sie sich nicht vorwärts bewegen, stürzen sie. Deshalb stellte Seattle eine solch tödliche Gefahr für die WTO dar und deshalb waren die Globalisierer so fest entschlossen, sich in Doha ein Mandat für fortgesetzte Liberalisierung geben zu lassen. Wären sie in Doha gescheitert, wäre der wahrscheinliche Ausgang nicht bloß ein Patt gewesen, sondern ein Rückzug aus dem freien Handel. Für die Bewegung gegen die konzerngetriebene Liberalisierung brächte ein Entgleisen weiterer Ministerrunden bzw. das Verhindern einer Vereinbarung über eine neue allumfassende Runde mehr, als nur die WTO und den freien Handel zum Stillstand zu bringen. Es gäbe den Impuls für ein Zurückdrängen des freien Handels und eine Minderung der WTO-Macht. Das hat der *Economist* ganz gut verstanden, der seine Leserschaft in den Konzernzentralen darauf hinwies, dass die »Globalisierung umkehrbar« sei. Wenn das Entgleisen des Freihandelszugs tatsächlich das Ziel ist, dann wird der entscheidende taktische Fokus dieser Strategie deutlich: Die Entscheidungsfindung nach dem Konsensprinzip ist die Achillesferse der WTO, die Entstehung eines solchen Konsenses müssen wir um jeden Preis verhindern.

Im Vorfeld weiterer Ministerrunden muss die Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung ihre Energien darauf fokussieren, dass die Länder zu keiner Vereinbarung auf irgendeinem Gebiet kommen, über das Verhandlungen geführt werden oder in naher Zukunft anstehen. Das betrifft vor allem die Gebiete Landwirtschaft, Dienstleistungen und Industriezölle. Für weitere Ministerrunden selbst heißt das, eine Konsensbildung über die Eröffnung von Verhandlungen über neue Gebiete wie öffentliche Beschaffung, Wettbewerbsrecht, Investitionen und Handelserleichterungen zu verhindern. Das Ziel muss sein, wie in Seattle, die Delegierten jeweils mit einer sehr eng gefassten Erklärung, die keinen Raum für Konsens in den Schlüsselfragen offen lässt, zu entsenden, und während der Runden selbst jedweden Kuhhandel in letzter Minute zu verhindern. Wie in Seattle muss das Endziel sein, die künftigen Ministerrunden in Dissenz und Streit auseinandergehen zu lassen.

Wenn es das Ziel ist, das inszenierte Planspiel zur Ausdehnung des Freihandels aus den Fugen geraten zu lassen, dann hat die Bewegung gegen die Globalisierung der Konzerne alle Hände voll zu tun. Wir müssen eine Mehrebenenstrategie entwickeln, die folgende Bestandteile enthält:

- Auflösung der Allianz zwischen der USA und der EU durch Ausreizen des US-EU-Konfliktes bezüglich Europas Subventionen für die Landwirtschaft, Bushs missglückten Versuchs, vom US-Senat Vollmachten für beschleunigte Verhandlungen zu erhalten, Washingtons Verfügung von Schutzzöllen auf Stahlimporte und seines neubelebten Handelsunilateralismus, und der US-Exporte von hormonbehandeltem Rindfleisch und genetisch modifizierten Erzeugnissen (GMOs).
- Intensivierung unseres Beistandes für die Delegationen der Entwicklungsländer in Genf, damit sie den WTO-Prozess besser meistern und effektive Strategien entwickeln, um eine Konsensbildung auf bevorzugten Gebieten der Handelsmächte zu blockieren und die Priorität von Implementierungsfragen wieder geltend zu machen.
- Zusammenarbeit mit nationalen Bewegungen wie den Bauernbewegungen für Ernährungshoheit im Süden und Bürgerinitiativen im Norden, um ihre Regierungen unter massiven Druck zu setzen, damit diese keiner weiteren Liberalisierung in Landwirtschaft, Dienstleistungen und anderen verhandelten Bereichen zustimmen.
- Gekonnte Koordinierung von globalen Protesten, Massenaktionen auf der Straße am Ort künftiger Ministerrunden und Lobby-Arbeit in Genf, um auf globaler Ebene eine kritische Masse mit der erforderlichen Schwungkraft zu erreichen.

Die Aufgabe ist gewaltig und uns bleibt immer sehr wenig Zeit. Aber wir haben keine andere Wahl. Die Handelsmächte und die WTO haben die Lehren aus Seattle gezogen, und in Doha haben sie es geschafft, das Fahrrad wieder aufzurichten. Auch wir müssen von Doha lernen und uns in die Lage versetzen, das Fahrrad wieder zu Fall zu bringen. Eine Schlüssellehre, die wir beherzigen müssen, ist, dass unsere Koalition eine koordinierte Strategie braucht, die unsere Arbeit auf so vielen Fronten, Ebenen und Dimensionen für ein gemeinsames Ziel bündelt: den Freihandelszug zum Entgleisen zu bringen.

De-Globalisierung in einer pluralistischen Welt

Hand in Hand mit unserer Dekonstruktionskampagne müssen wir den Rekonstruktionsprozess entfalten, wenn unser Vorhaben, ein alternatives System der Global Governance aufzubauen, nicht scheitern soll. Ein solches Alternativsystem ist bitter nötig. Vielerorts herrscht die Vorstel-

lung, dass die Beschäftigung mit einem Alternativsystem der Global Governance noch in den Kinderschuhen steckt. In Wirklichkeit sind aber viele, gar die meisten der grundlegenden oder allgemeinen Prinzipien einer Alternativordnung bereits artikuliert worden, und es geht vor allem darum, diese allgemeinen Prinzipien auf konkrete Gesellschaften anzuwenden, auf eine Weise, die die Verschiedenartigkeit von Gesellschaften respektiert.

Die Beschäftigung mit Alternativen ist eine kollektive Anstrengung, eine vergangene und eine gegenwärtige, eine, zu der viele Menschen im Norden wie im Süden beigetragen haben. Die Schlüsselemente dieser kollektiven Anstrengung könnte man als eine doppelte Bewegung der De-Globalisierung der Volkswirtschaften und des Aufbaus eines »pluralistischen Systems globaler Wirtschaftssteuerung« zusammenfassen.

Der Kontext der De-Globalisierungsdiskussion sind die wachsenden Belege nicht nur für Armut, Ungleichheit und Stagnation, die die Ausbreitung globalisierter Produktionssysteme begleiten, sondern auch für deren fehlende Nachhaltigkeit und große Anfälligkeit. Das Internationale Forum über Globalisierung (IFG) weist beispielsweise darauf hin, dass »eine durchschnittliche Mahlzeit, die man in einem westlichen, Nahrungsmittel importierenden Industrieland zu sich nimmt, wahrscheinlich 3.000 Kilometer vom Herkunftsort bis zum Teller hinter sich hat. Jeder einzelne dieser Kilometer hat seinen Anteil an den Umwelt- und sozialen Krisen unserer Zeiten. Die Reduzierung der Distanz zwischen Produzent und Konsument muss ein zentrales Reformziel jedweder Abkehr von industrieller Landwirtschaft sein.«²

Oder aber, wie Barry Lynn gesagt hat: Ein so großer Teil der Industrieproduktion ist nach wenigen Gebieten wie Taiwan outgesourct worden, dass das Erdbeben, das das Land am 21. September 1999 heimsuchte, wäre es »nur wenige Zehntelpunkte stärker auf der Richterskala oder nur wenige Meilen näher am lebenswichtigen Industriepark Hsinchu gewesen, einen Großteil der Weltwirtschaft auf Monate hinaus lahmgelegt hätte«.³

² John Cavanagh et al., *Alternatives to Economic Globalisation*, International Forum on Globalisation, San Francisco, 2002.

³ Barry Lynn, *Unmade America: The True Cost of a Global Assembly Line*, Harper's, Juni 2002, S. 36.

Was soll De-Globalisierung bedeuten? Während nachfolgender Vorschlag in erster Linie auf den Erfahrungen in Gesellschaften des Südens basiert, ist er auch für die Wirtschaften des Nordens relevant.

Wir meinen nicht den Rückzug aus der internationalen Wirtschaft. Wir sprechen über eine Umorientierung von den überwiegend auf Export ausgerichteten Volkswirtschaften zu einer Produktion vorwiegend für den Binnenmarkt; wir sprechen darüber,

- unsere Finanzmittel für Investitionen größtenteils im Inland zu beschaffen, anstatt von Investitionen aus dem Ausland und ausländischen Finanzmärkten abhängig zu werden,
- die lange aufgeschobenen Maßnahmen zur Einkommensumverteilung und Landreform umzusetzen, um einen dynamischen Binnenmarkt zu schaffen, der das Fundament der Wirtschaft bilden sollte,
- die Betonung von Wachstum und Gewinnmaximierung zu verringern, um die Störung im Gleichgewicht der Umwelt zu reduzieren,
- strategische Wirtschaftsentscheidungen nicht dem Markt zu überlassen, sondern sie der demokratischen Willensbildung zu überantworten,
- den privaten Sektor und den Staat der dauerhaften Kontrolle durch die Zivilgesellschaft zu unterstellen,
- ein neues Produktionsgefüge und System des Austauschs zu schaffen, das Gemeindekooperativen, Privatunternehmen und staatliche Unternehmen umfasst und TNU ausschließt,
- das Subsidiaritätsprinzip im Wirtschaftsleben zu bewahren, indem die Produktion von Gütern – wenn es wirtschaftlich vertretbar ist – auf lokaler und nationaler Ebene gefördert wird, um das Gemeinschaftsgefüge zu erhalten.

Wir sprechen ferner über eine Strategie, die die Marktlogik und das Streben nach Kosteneffizienz bewusst den Werten von Sicherheit, Fairness und gesellschaftlicher Solidarität unterordnet. Wir sprechen – um auf die Vorstellung des großen sozialdemokratischen Gelehrten Karl Polanyi zurückzugreifen – darüber, die Wirtschaft wieder in die Gesellschaft einzubetten, anstatt in einer Gesellschaft zu leben, die durch die Wirtschaft gelenkt wird.⁴

⁴ Karl Polanyi, *The Great Transformation*. Boston: Beacon, 1957. Deutsch: *The Great Transformation*. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1978.

Es stimmt zwar, dass Effizienz im engen Sinne von stetiger Stückkostenreduzierung leiden könnte, was dabei aber gewonnen wird – der passendere Ausdruck wäre eigentlich wiedergewonnen –, sind die Voraussetzungen für die Entfaltung von Integrität, Solidarität, Gemeinschaft, mehr und umfassenderer Demokratie und Nachhaltigkeit.

Diese Prinzipien sind es, die heute viele mutige Projekte vorantreiben. Projekte, die durchaus Erfolge verbuchen konnten, vor allem auf lokaler, gemeinschaftlicher Ebene. Wie Kevin Danaher von Global Exchange aufgezeigt hat: Abkommen im Geist des fairen Handels zwischen Farmern des Südens und Konsumenten des Nordens über Kaffee und andere Güter, Mikrokredit-Projekte wie die Grameen Bank, lokale Währungssysteme, die den Austausch von globalen und nationalen monetären Systemen entkoppeln und ihn an Produktion und Konsumtion vor Ort anbinden, partizipatorische Haushaltsaufstellung wie in Porto Alegre und nachhaltige Ökogemeinschaften wie Gaviotas in Kolumbien.⁵

Der herrschende Gott ist jedoch ein missgünstiger, der Herausforderungen seiner Hegemonie nicht ohne weiteres duldet. Selbst das kleinste Experiment muss zerschmettert oder entmannt werden. Das zeigt uns das Beispiel der herrschen Bank of Thailand, die mehreren Dörfern des Kud Chum-Distrikts im Nordosten des Landes den Verzicht auf ihre lokale Währung befahl. Die friedfertige Koexistenz von verschiedenen Systemen ist, unglücklicherweise, letztendlich keine Alternative.

Eine De-Globalisierung, also eine Verlagerung von Entscheidungsbeugnissen zurück auf die lokale und nationale Ebene, kann jedoch nur erfolgreich sein, wenn sie innerhalb eines alternativen Systems der globalen Wirtschaftssteuerung stattfindet.

Die Entstehung eines solchen Systems beruht natürlich auf der starken Reduzierung der Macht westlicher Konzerne, die hauptsächlich die Globalisierung vorantreiben, und der politischen und militärischen Hegemonie der sie schützenden Staaten, allen voran der Vereinigten Staaten. Aber auch inmitten unserer Arbeit des Entwerfens von Strategien zur Machtminderung der Konzerne und beherrschenden Staaten müssen wir ein Alternativsystem der globalen Wirtschaftslenkung andenken und die Grundlagenarbeit dafür leisten.

Wie könnte nun eine solche Weltwirtschaftsordnung aussehen? Die Antwort darauf findet sich in unserer Kritik am Bretton-Woods-System,

⁵ Rede an der University of Montana, Missoula, Montana, 16. Juni 2002.

einschließlich der WTO, als monolithisches System aus Universalregeln, die von stark zentralisierten Institutionen im Interesse von Unternehmen, insbesondere US-amerikanischen Unternehmen, aufgestellt wurden. Der Versuch, dieses Gefüge durch ein anderes zentralisiertes System von Regeln und Institutionen abzulösen, auch wenn dieses auf anderen Prinzipien beruhen würde, wird wahrscheinlich dieselbe gigantische Falle produzieren, in der sich so unterschiedliche Gebilde wie IBM, der IWF und der sowjetische Staat verstrickten. Diese Falle ist das Unvermögen, Diversität zu tolerieren und von ihr zu profitieren. Im Übrigen ist der Glaube, dass es unbedingt ein zentrales Regelwerk auf globaler Ebene geben muss und die neoliberalen Regeln nur durch sozialdemokratische Regeln zu ersetzen seien, eine Hinterlassenschaft einer technokratisch-optimistischen Variante des Marxismus, die sowohl den sozialdemokratischen als auch den leninistischen Weltanschauungen Nahrung gibt und damit das erzeugt, was die indische Autorin Arundhati Roy die Vorliebe für »Gigantismus« nennt.

Eine plurale Welt

Gegenwärtig brauchen wir keine andere zentralisierte globale Institution, sondern eine Dekonzentration und Dezentralisierung von institutionalisierter Macht. Es muss ein pluralistisches System von Institutionen und Organisationen geschaffen werden, die mittels umfassender und flexibler Abkommen bzw. gegenseitiger Übereinkünfte interagieren.

Wir sprechen nicht über etwas vollständig Neues. Denn gerade in solch einem pluralistischeren System der globalen Wirtschaftssteuerung, in dem die hegemoniale Macht noch weit davon entfernt war, in einer Reihe allumfassender und mächtiger multilateraler Organisationen und Institutionen verankert zu sein, konnten einige lateinamerikanische und asiatische Länder im Zeitraum von 1950 bis 1970 ein Quäntchen an industrieller Entwicklung erreichen. In solch einem pluralistischen System mit einem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT), dessen Macht eingeschränkt und das flexibel war und auf den besonderen Status von Entwicklungsländern einging, konnten Länder in Ost- bzw. Südostasien durch regen staatlichen Handel und eine Industriepolitik, die bedeutend von der in der WTO verankerten Freihandelsorientierung abwich, die Schwelle zur Industrialisierung überschreiten.

Natürlich waren die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Ländern vor den 1980er Jahren und dem Versuch, ein weltumspannendes Freihandelssystem zu institutionalisieren, nicht ideal. Ebenso wenig erwiesen sich die Volkswirtschaften der Dritten Welt als ideal. Sie waren nicht in der Lage, auf eine Reihe von Bedürfnissen einzugehen, die durch neuere Erkenntnisse in feministischer und ökologischer Wirtschaftstheorie, aber auch Theorien der Post-Post-Entwicklung, aufgezeigt wurden. Es soll hier lediglich darauf hingewiesen werden, dass die Merkmale der vor 1994 bestehenden Situation den Fakt untermauern, dass die Alternative zu einem Römischen Frieden für die Wirtschaft, den das System Weltbank-IWF-WTO um sich errichtet, kein Hobbesscher Naturzustand ist. Zudem soll hervorgehoben werden, dass die Realität internationaler Beziehungen in einer Welt, die durch eine Vielzahl internationaler und regionaler Institutionen mit gegenseitiger Kontrolle gekennzeichnet ist, etwas ganz anderes ist als das Propaganda-Image einer »gemeinen« oder »erbarmungslosen« Welt.

Es stimmt zwar, dass die Gefahr einseitiger Handlungen durch die Mächtigen in einem solchen System stets präsent ist, aber es ist eine Gefahr, vor der auch die Mächtigsten zurückschrecken, aus Angst vor ihren Folgen für die Legitimierung ihrer Existenz und vor den daraus resultierenden Reaktionen in Form von Widerstandsbündnissen.

Anders gesagt: Entwicklungsländer und die internationale Zivilgesellschaft sollten nicht die Reformierung der durch die TNU gelenkten WTO- und Bretton-Woods-Institutionen anstreben, sondern mit Hilfe von kombinierten passiven und aktiven Maßnahmen versuchen, entweder a) ihnen die Handlungskompetenz zu entziehen, b) sie zu neutralisieren (z.B. den IWF in eine reine Forschungsinstitution umzuwandeln, die die Devisenkurse im globalen Kapitalverkehr überwacht), oder c) ihre Macht drastisch einzuschränken und sie in eine bloße zusätzliche Gruppierung von Akteuren umzuwandeln, die neben anderen existiert und durch andere internationale Organisationen, Abkommen und regionale Gruppierungen kontrolliert wird. Diese Strategie würde auch verschiedene Akteure und Institutionen, wie die UNCTAD, multilaterale Umweltschutzabkommen, die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und sich herausbildende Wirtschaftsblöcke, wie den Mercosur in Lateinamerika, die SAARC in Südasien, die SADCC in Südafrika und eine wiedererwachte ASEAN in Südostasien, stärken. Allerdings müsste als Voraussetzung für eine »Stärkung« gewährleistet sein, dass diese Gebilde sich in eine Rich-

tung entwickeln, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, und nicht länger regionale Eliteprojekte bleiben.

Handelseffizienz nach der Definition neoklassischer Wirtschaftstheorie als Schlüsselkriterium für die Bildung solcher überregionaler Einheiten sollte der Maßgabe der »Kapazitätsbildung« weichen. Der Handel müsste also Abschied nehmen von seiner gegenwärtigen Dynamik des Einsperrens von Gemeinschaften und ganzer Staaten in eine Arbeitsteilung, die ihre Potentiale im Namen des »komparativen Vorteils« und »gegenseitiger Abhängigkeit« mindert. Es braucht einen Prozess, der die Fähigkeiten von Gemeinschaften fördert, der sicherstellt, dass entstehende Klüfte auf Grund von getroffenen Vereinbarungen über Arbeitsteilung nicht zu dauerhaften Spaltungen erstarren, der Mechanismen parat hält, darunter Einkommen, Kapital, Technologietransfer, die das Aufkommen von ausbeuterischen Verhältnissen zwischen Handel treibenden Gemeinschaften verhindern.

Es braucht nicht gesagt zu werden, dass die Schaffung solcher regionaler Blöcke nicht nur Regierungen und die Geschäftswelt aktiv beteiligen muss, sondern auch die Organisationen an der Basis. Fürwahr, die Agenda einer an den Menschen orientierten nachhaltigen Entwicklung kann nur gelingen, wenn sie demokratisch ausgearbeitet wird, anstatt von oben herab verordnet zu werden, wie im Fall der Europäischen Union, Mercosur und Asean. Regionale Integration wird zunehmend zu einer lebenswichtigen Voraussetzung für die nationale Entwicklung, sie kann aber nur effektiv sein, wenn sie als Projekt der Wirtschaftsunion von unten verwirklicht wird.

Viele Elemente eines pluralistischen Systems der globalen Wirtschaftssteuerung sind bereits vorhanden, ohne Zweifel müssen aber weitere hinzukommen. Hier muss die Betonung auf die Bildung von internationalen und regionalen Institutionen gelegt werden. Diese sollten die Aufgabe haben, Raum zu schaffen für die Übergabe eines größeren Anteils der Produktion, des Handels und der wirtschaftlichen Entscheidungskompetenzen an die regionale, nationale und Gemeindeebene. Hierzu gehört die Schaffung einer handlungsfähigen internationalen Organisation für den Schutz und die Stärkung der vielen hunderttausenden Wirtschaften der Ureinwohner auf der ganzen Welt.

Aber vor allem würde all dies die Bildung neuer internationaler und regionaler Institutionen fördern, die darauf ausgerichtet wären, den Spielraum zu schaffen und zu schützen, in dem Produktion, Handel und wirt-

schaftliche Entscheidungsbefugnisse mehrheitlich auf die lokale und nationale Ebene übergehen würden. Die Hauptaufgabe internationaler Organisationen in einer Welt, in der die Akzeptanz von Vielfalt ein zentrales Prinzip der Wirtschaftsorganisationen ist, bestünde darin, wie der britische Philosoph John Gray es formuliert, »lokale und nationale Kulturen zum Ausdruck zu bringen und zu schützen, indem ihre jeweiligen Handlungsformen angenommen und behütet werden«.⁶

Mehr Spielraum, mehr Flexibilität, mehr Kompromisse – das sollten die Ziele der Agenda für den Süden und der Bestrebungen der internationalen Zivilgesellschaft zum Aufbau eines neuen Systems globaler Wirtschaftssteuerung sein. In einer solchen Welt, fließender, weniger strukturiert, pluralistischer und mit einem vielschichtigen Kontrollsystem, werden die Nationen und Gemeinschaften des Südens – und auch des Nordens – fähig sein, den Raum zu schaffen, in dem sie sich nach ihren Werten, ihren Lebensweisen und selbstgewählten Strategien entwickeln können.

⁶ John Gray, *Enlightenment's Wake*. London: Routledge, 1995, S. 181.